

An die Pressevertreter*innen
mit der Bitte um Veröffentlichung

27.05.2024

Pressemitteilung

GRÜNE warnen vor Erhöhung der Grundsteuer A als einen ersten Schritt zur Grundsteuer B Erhöhung – GRÜNE bieten Fraktionen themenbezogene Zusammenarbeit an

BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN befürchten, dass die vom Kämmerer Karsten Groß (CDU) vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer A, die die Eigentümer*innen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben betrifft, nur der erste Schritt hin zu einer weiteren finanziellen Belastung der Bürger*innen von Mörfelden-Walldorf sein wird. Offensichtlich behalte der Erste Stadtrat eine Erhöhung der Grundsteuer B für Grundstücke in der Hinterhand vor.

„Das ist mit uns nicht zu machen“, unterstreicht der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Ioannis Karathanasis. „Die Erhöhung der Grundsteuer A würde nur etwas mehr als ca. 1500 Euro in die Stadtkasse spülen. Der bürokratische Aufwand, alle Eigentümer*innen anzuschreiben, lohnt den Ertrag nun wirklich nicht. Sonst führt die CDU beim Bürokratieabbau immer das große Wort. Wir warnen davor, dass diese erste Erhöhung die Bürger*innen auf eine Erhöhung der Grundsteuer B für ihre Hausgrundstücke vorbereiten soll. Wir haben das im Koalitionsvertrag abgelehnt. Wir stehen zu unserem Wort, auch wenn die CDU eine 180 Grad Kehrtwende ihrer bisherigen Stadtpolitik vollführt. Das ist unglaublich und führt zu Politikverdrossenheit“, so Ioannis Karathanasis.

Auch die Argumentation des amtierenden CDU-Kämmerers überzeugt DIE GRÜNEN nicht. Es sei zwar richtig, dass die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage auch die Doppelstadt im Jahr 2024 mit rund 2,7 Millionen Euro stärker belasten werde. „Wir haben mehrere Millionen Euro auf der hohen Kante, von denen wir einen Teil benutzen können. Eine Grundsteuer B Erhöhung in dieser Situation ist nicht zu vermitteln. Bevor eine Mehrbelastung der Bürger*innen überhaupt in Frage kommt, müssen zuerst die Mehreinnahmen und Rücklagen der Stadt genutzt werden. Laut Bürgermeister Winkler befindet sich die Stadt nicht in einer Situation die Grundsteuer erhöhen zu müssen“, unterstreicht Ioannis Karathanasis.

Die Situation, dass das Stadtparlament einen Nachtragshaushalt ohne stabile Koalition verhandeln muss, liegt am unverantwortlichen Handeln der CDU. „Ob, dass der CDU-Bürgermeisterwahlkampf wert war, entscheiden am Ende die Bürger*innen. Als stärkste Kraft im Stadtparlament werden wir unter den veränderten Bedingungen weiterhin daran arbeiten den Wähler*innen-Auftrag gerecht zu werden. Für uns gilt auch ohne Koalition mit allen Fraktionen themenbezogen zusammenzuarbeiten bzw. Gespräche zu führen. Dh. mit allen die wollen, sach- und lösungsorientiert zum Wohle der Mitbürger*innen zusammenzuarbeiten,“ so Karathanasis.

Fraktionsvorsitzender
B'90/DIE GRÜNEN Mörfelden-Walldorf



Ioannis Karathanasis